Frieden durch Zugeständnisse an den Aggressor – eine Illusion

Dr. Klaus Olshausen

November 2026

Zusammenfassung

Die Geschehnisse der vergangenen Woche ab dem 9. November machen realistische Optimisten eher schaudern vor erkennbaren Entwicklungen. Fabulieren über Waffenstillstand wird mit Erreichen von Frieden vermengt. Nur Putin hat eine klare maximale Zielvorstellung, Selenskyj muss sich mit Blick auf Trumps Position zurückhalten, Europa ist nicht mehr geeint in der Zielvorstellung von 2022/23, uneins in der Unterstützung der Ukraine und so auf Waffenstillstand „um jeden Preis" reduziert. Russland wird Krieg führen, solange es seine Ziele für erreichbar hält. Europa muss sich klar werden, ob sie einem Staat mit der wirtschaftlichen Leistungskraft unter Texas oder Italien gestützt auf Kriegswirtschaft erlauben will, die Ordnung Europas zu zerstören und sogar nach seinen Vorstellungen zu gestalten.

Letztlich muss Europa entscheiden: Können und wollen sie alle den Aggressor gemeinsam mit der Ukraine stoppen oder nach einer Unterwerfung der Ukraine einen wesentlich gefährlicheren Kampf gegen das imperiale Russland bestehen.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

© Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung ISPSW

Giesebrechtstr. 9
10629 Berlin
Germany

Tel +49 (0)30 88 91 89 05
Fax +49 (0)30 88 91 89 06

E-Mail: info@ispsw.de
Website: http://www.ispsw.de

Analyse

Die Geschehnisse in der vergangenen Woche ab dem 9. November lassen realistische Optimisten für ein starkes Europa gegen den aggressiven russischen Bären Putin eher schaudern vor erkennbaren Entwicklungen.

Wenn ständig über ein Ende des Krieges fabuliert wird und dies mit dem Wort Frieden verknüpft wird, verfestigt sich der Eindruck, man müsse nur einen Waffenstillstand erreichen, dann werde auf diesem neuen Status quo schon ein Frieden erreichbar sein.

Erstens ist ein Waffenstillstand nur die Abwesenheit kinetischer militärischer Aktionen. Zweitens schreitet die Unterdrückung der ukrainischen Bevölkerung in den besetzten Gebieten durch Russland seit über vier Jahren ungehindert fort. Drittens verkennt die auch von Armin Laschet aufgegriffene Formel „Land für Frieden", dass es Putin nicht um vier Oblaste der Ukraine geht, sondern einmal um die Unterwerfung der gesamten Ukraine und darüber hinaus die physische oder politische Wiederherstellung des Territoriums der ehemaligen Sowjetunion, verbunden mit seinem maßgeblichen Einfluss auf ein Eurasien von Lissabon bis Wladiwostok.

Blickt man auf das mediale Getöse vor, während und nach den Treffen in Abu Dhabi, Moskau und Dublin, dann wird offensichtlich, dass nur Putin eine klare, maximale Zielvorstellung hat, die Ukraine sich nicht im Sinne ihres 10-Punkte-Planes äußern kann, um die Trump-Administration nicht völlig zu verlieren, und „Europa" nicht einmal mehr über das klare Ziel von 2022-23 geeint, über die Unterstützung der Ukraine uneins ist, und so auf einen Waffenstillstand „um jeden Preis" im politischen Handeln reduziert erscheint.

Alle (können) wissen, dass Putin einem Waffenstillstand nur zustimmt, wenn er die Zustimmung zu allen Forderungen gegen die Ukraine durch die Ukraine, Europa und Amerika erhalten wird. Deshalb wäre es erforderlich, dass die Ukraine und alle Unterstützer eine aus westlicher und ukrainischer Sicht klare Zielvorstellung entgegensetzen. Präsident Trump verfolgt eine eigene Agenda. Er will durch Druck auf die Ukraine deren Zustimmung zu einem Kapitulation-ähnlichen „Deal" voranbringen, um seine wirtschaftsbezogenen Beziehungen mit Russland (weiter) auszubauen. Wenn die EU und NATO-Europa eine endgültige Zerstörung des Europas der Charta von Paris verhindern wollen, sind toxische Zugeständnisse an den Aggressor Putin zu vermeiden.

Den Zielen Putins, die schon seit Dezember 2021 zutage liegen, sind deshalb z.B. der 10-Punkte-Friedensplan der Ukraine vom November 2022, den noch im Sommer 2023 alle westlichen Unterstützer begrüßt hatten, und die Grundsätze der Charta von Paris entgegenzusetzen. Nur wenn dafür die politische, wirtschaftliche, finanzielle und militärische Unterstützung der Ukraine sowie lückenlose Sanktionen gegen Russland wieder geeint sichergestellt werden, kann erreicht werden, dass Putin nicht nur Verhandlungsschleier vorstellt und seinen Krieg trotz aller Schwierigkeiten weiterführt.

Nur dann kann/wird er beginnen zu erkennen, dass er seine maximalen Ziele mit Krieg und seiner Arbeit an der Spaltung Europas und Amerikas nicht (mehr) verwirklichen kann. Nur wenn Putin sich vergegenwärtigen muss, dass er seine „Kriegsgewinne" verliert, mag er zu inhaltlichen Verhandlungen bereit sein, die nicht nur einen Waffenstillstand ermöglichen, sondern auch die Aussichten auf Verhandlungen vergrößern, die ohne Zugeständnisse an den Aggressor zu einem fairen und gerechten Frieden führen, der den Grundsätzen der Charta von Paris entspricht.

Nun werden viele entgegnen, dass diese Einigkeit des „Westens" nicht erreichbar sei, und deshalb ein Waffenstillstand auch „Gewinne des Aggressors" kaum vermeiden könne. Aber alle müssen doch erkennen, dass Putin

© Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung ISPSW
Giesebrechtstr. 9
10629 Berlin
Germany
Tel +49 (0)30 88 91 89 05
Fax +49 (0)30 88 91 89 06
E-Mail: info@ispsw.de
Website: http://www.ispsw.de

weiter jedem Waffenstillstand seine maximalen Ziele zugrunde legt. Will man diesen nicht nachgeben, dann muss eine neue Einheit wenigstens in Europa mit zweierlei Erkenntnissen beginnen.

Erstens: Putin wird solange Krieg führen, wie er seine Ziele militärisch in der Ukraine und politisch in/gegen Europa für erreichbar hält. Das auch in Dublin durch Debatte um Einheit gezeigte Verhalten der Europäischen Politischen Gemeinschaft und der EU mag Putins Zuversicht, den längeren politischen und militärischen Atem zu haben, eher gestärkt haben.

Zweitens: Das (noch)freie Europa mit über 400 Millionen Bürgerinnen und Bürgern und als zweit- oder drittstärkste Wirtschaftsmacht der Welt muss sich entscheiden, ob sie einem Russland mit einer wirtschaftlichen Leistungskraft vergleichbar mit Texas oder Italien und konzentriert auf Rohstoffe und seit 2022 auf Kriegswirtschaft erlauben, nicht nur die Ordnung Europas zu zerstören, sondern sie auch noch nach seinen Vorstellungen zu gestalten.

Drei Punkte haben Witkoff und Kushner mitgebracht:

- Europäer sollen/können an den „Verhandlungen“ teilnehmen,
- die europäische Sicherheitsstruktur soll in diese eingeschlossen werden und eine
- bleibende Debatte über territoriale Fragen der (Ost-)Ukraine.

Zum ersten Punkt hat Putin schon geäußert, Voraussetzung sei die Einstellung der militärischen Unterstützung der Ukraine. Der zweite Punkt gäbe ihm die Möglichkeit, die Verhandlungen hinauszuziehen, während er seine Aggression unvermindert fortsetzt.

Der dritte Punkt ist jetzt verbunden mit dem toxischen Angebot einer NATO-Mitgliedschaft der Rest-Ukraine bei Verzicht auf die vier Oblaste im Süden und Osten.

Da der erste Punkt Debatten in der NATO auslöst und die Ukraine den Waffenstillstand zur Vorbedingung macht, da in jedem Fall ein Referendum erforderlich ist, dient auch dies Putin für die Fortsetzung aller Kampfhandlungen.

Es ist inzwischen klar, dass Putin keinen Waffenstillstand will, bevor er seine Ziele erreicht hat. Und er schätzt seine Durchhaltefähigkeit offensichtlich stärker ein als den Zusammenhalt der europäischen Unterstützer der Ukraine. All dies stellt Europa – und Amerika – vor die Frage: Können oder wollen sie den Aggressor gemeinsam mit einer (immer noch) äußerst resilienten Ukraine stoppen oder nach einer Unterwerfung der Ukraine durch Russland gezwungen sein, den Kampf gegen ein imperial ausgerichtetes Russland unter drastisch ungünstigeren Umständen bestehen zu müssen?

***

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

© Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung ISPSW
Giesebrechtstr. 9
10629 Berlin
Germany
Tel +49 (0)30 88 91 89 05
Fax +49 (0)30 88 91 89 06
E-Mail: info@ispsw.de
Website: http://www.ispsw.de

Über den Autor dieses Beitrags

Generalleutnant a.D. Dr. Klaus Olshausen war von 2006 bis 2013 Präsident der Clausewitz-Gesellschaft. Zuvor war er Deutscher Militärischer Vertreter im Militärausschuss der NATO, bei der WEU und EU, HQ NATO, Brüssel.



Klaus Olshausen

© Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung ISPSW

Giesebrechtstr. 9
10629 Berlin
Germany
Tel +49 (0)30 88 91 89 05
Fax +49 (0)30 88 91 89 06
E-Mail: info@ispsw.de
Website: http://www.ispsw.de